

Sachbearbeitung SO - Soziales  
Datum 14.02.2017  
Geschäftszeichen SO/ZV -Führlinger/Vogel  
Beschlussorgan Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales Sitzung am 08.03.2017 TOP  
Behandlung öffentlich GD 073/17

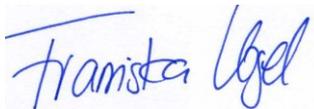
---

Betreff: Verlängerung der Budgetvereinbarung der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung

Anlagen: 3

**Antrag:**

Dem Abschluss der Budgetvereinbarung für die Jahre 2018 - 2020 unter Vorbehalt der Finanzierbarkeit und Beschlussfassung des jeweiligen Haushaltsplanes durch den Gemeinderat zuzustimmen.



Franziska Vogel

---

Zur Mitzeichnung an:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
BM 1, BM 2, C 2, OB, ZS/F	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

## Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	<b>ja</b>
Auswirkungen auf den Stellenplan:	<b>nein</b>

MITTELBEDARF			
INVESTITIONEN / FINANZPLANUNG (Mehrjahresbetrachtung)		ERGEBNISHAUSHALT [einmalig / laufend]	
PRC: Projekt / Investitionsauftrag:			
Einzahlungen	€	Ordentliche Erträge	€
Auszahlungen	€	Ordentlicher Aufwand	51.200 €
		<i>davon Abschreibungen</i>	€
		Kalkulatorische Zinsen (netto)	€
Saldo aus Investitionstätigkeit	€	Nettoressourcenbedarf	51.200 €
MITTELBEREITSTELLUNG			
<u>1. Finanzhaushalt 2018</u>		2018	
Auszahlungen (Bedarf):	€	<b>innerhalb</b> Fach-/Bereichsbudget bei <b>PRC 4140-670</b>	51.200 €
Verfügbar:	€		
<b>Ggf. Mehrbedarf</b>	€	<b>fremdes</b> Fach-/Bereichsbudget bei: <b>PRC</b>	€
Deckung Mehrbedarf bei PRC			
PS-Projekt 7	€	Mittelbedarf aus <b>Allg. Finanzmitteln</b>	€
bzw. Investitionsauftrag 7	€		
<u>2. Finanzplanung 2019 ff</u>			
Auszahlungen (Bedarf):	€		
i.R. Finanzplanung veranschlagte Auszahlungen	€		
Mehrbedarf Auszahlungen über Finanzplanung hinaus	€		
Deckung erfolgt i.R. Fortschreibung Finanzplanung			

Der Verein Familienplanung e.V. betreibt seit 1974 die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung und wurde 1976 vom Land Baden-Württemberg als Beratungsstelle nach § 219 StGB anerkannt. Eine finanzielle Förderung durch die Stadt Ulm erfolgt seit dem Jahr 1974.

Die derzeitige Budgetvereinbarung hat eine Laufzeit von 2015 bis Ende 2017.  
Ab dem Jahr 2018 ist eine erneute Budgetvereinbarung vorgesehen.

Der Fachbereich hat die Ergebnisse der Wirkungskennzahlen des ablaufenden Budgetvertrages ausgewertet und inhaltlich sowie im Hinblick auf die Zielerreichung überprüft. Die Zielwerte wurden im Allgemeinen erreicht und z.T. übererfüllt. Die gemeinsam mit der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung entwickelten Kennzahlen, anhand derer die Wirksamkeit der Dienstleistungen dargestellt werden kann, wurden fortgeschrieben und aktualisiert (Anhang 1 zur Budgetvereinbarung).

Die Zuschusssumme wurde jährlich fortgeschrieben (mit den jeweiligen prozentualen Anpassungen) und wird somit für 2018 mit 51.200 € angesetzt.

Die Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung beschäftigt derzeit 5,35 hauptamtliche Fachkräfte, außerdem steht eine 0,75 Stelle (2017: 0,83) für die Verwaltung zur Verfügung. In diesen 5,35 Fachkraftstellen ist eine vom Land Baden-Württemberg geförderte 1,00 Fachkraftstelle für den Bereich Informations- und Vernetzungsstelle Pränataldiagnostik enthalten, seit 01.07.2014 als unbefristete, dauerhaft geförderte Personalstelle und Aufgabe.

In der Fortschreibung berücksichtigt wurde u.a., dass das Sozialministerium ein schlankes Berichtswesen für die Beratungsstellen fordert. Statistische Erhebungen sollen sich auf ein Minimum beschränken, um insbesondere angesichts gestiegener Fallzahlen möglichst viel Zeit für die eigentliche Beratungstätigkeit zur Verfügung zu haben.

Die Beratungsstelle wird in ihrem Angebot wahrgenommen, die Nachfrage insbesondere nach Beratungen in der Schwangerschaft und nach der Geburt hat kontinuierlich zugenommen. Der Umzug im Jahr 2011 hat sich in jeder Hinsicht bewährt (Größe und Lage der Räume in der Schwambergerstr. 35). Die Angebote werden laufend weiterentwickelt (so z.B. im Themenbereich „Sexualität und Behinderung“) und aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst. Besondere Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund und von Flüchtlingen werden im Angebot berücksichtigt.

Wir bitten der Verlängerung der Budgetvereinbarung mit der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen und Familienplanung unter Vorbehalt der Finanzierbarkeit und Beschlussfassung des jeweiligen Haushaltsplanes durch den Gemeinderat zuzustimmen, um eine ordnungsgemäße und vollständige Aufgabenerfüllung und Versorgung der Ratsuchenden zu gewährleisten.